

Protokoll:	Ausschuss für Stadtentwicklung und Technik des Gemeinderats der Landeshauptstadt Stuttgart	Niederschrift Nr.	74
		TOP:	7
Verhandlung		Drucksache:	
		GZ:	
Sitzungstermin:	16.03.2021		
Sitzungsart:	öffentlich		
Vorsitz:	BM Pätzold		
Berichterstattung:	Frau Stark (ASW)		
Protokollführung:	Frau Stahn / fr		
Betreff:	Katholische Christus-Erlöser-Kirche Im Laihle, S-Botnang - städtebauliche Neuordnung des Kirchengrundstücks - mündlicher Bericht -		

Die zu diesem Tagesordnungspunkt gezeigte Präsentation ist dem Protokoll als Datei- anhang hinterlegt. Aus Datenschutzgründen wird sie nicht im Internet veröffentlicht. Dem Originalprotokoll und dem Protokollexemplar für die Hauptaktei ist sie in Papier- form angehängt.

Frau Stark (ASW) berichtet im Sinne der angehängten Präsentation. Einführend stellt sie das Botnanger Einkaufszentrum "Im Laihle" als in die Jahre gekommen, aber sehr wichtig für die Nahversorgung vor. Die Christus-Erlöser-Kirche gehöre zur Katholischen Kirchengemeinde Botnang. Vor ca. drei Jahren sei der Aufstellungsbeschluss für ein Bebauungsplanverfahren im betreffenden Gebiet erfolgt. Damals seien verschiedene Mängel und Neuordnungsbedarfe festgestellt und das Verfahren eingeleitet worden.

Der Bebauungsplan von 1967 sei mit Einkaufszentrum und Arztpraxen im Obergeschoss sowie Wohnungen für Hausmeister oder Betriebspersonal festgesetzt gewesen; die be- nachbarte Fläche als für den Gemeindebedarf der Katholischen Kirche plus Kindergar- ten und Personalwohnungen festgesetzt. Jetzt sei die Kirchengemeinde auf die Stadt zugekommen und habe ihre Vorstellungen zum künftigen Umgang mit dem Grundstück geäußert. Das Kirchengebäude sei inzwischen profaniert worden, der Raum für Gottes- dienste aufgegeben, solle aber weiterhin als Gemeinderaum und Versammlungsbereich genutzt werden. Auch der Kindergarten solle bestehen bleiben und sogar noch ausge- baut werden mit verlängerten Öffnungszeiten und mehr Gruppen.

Zu den Zielen und Zwecken des Bebauungsplans berichtet Frau Stark im Sinne der Seiten 8 und 9 der Präsentation. Das Gebiet, ergänzt sie, sei zuzeiten der autogerechten Stadt als Großwohnsiedlung mit vielen Parkplätzen und Garagen im Umfeld geplant worden. Nun sei ein Großteil der Gebäude in die Jahre gekommen. Wichtig sei die Sicherung der Nahversorgung. Eine Entbehrlichkeitsprüfung habe eine Unentbehrlichkeit der Flächen an Gemeinbedarfsnutzungen ergeben trotz entfallender Nutzung der Kirche als Gottesdienstgebäude.

Es sei die Frage, so Frau Stark, wie man mit dem Bestand umgehe. Die Gebäude seien nicht denkmalgeschützt, bildeten aber eine Einheit aus einem bestimmten zeitlichen Entstehungsbereich. So müsse an Umnutzungen der Bestandsgebäude gedacht werden. Die Katholische Kirche als Eigentümerin des Grundstücks habe eine Aufnahme des Projekts in das IBA-Netz erreicht. Das heiÙe, sie wollten einen Beteiligungsprozess durchführen und aufzeigen, wie diese Grundstücke in neuer Form genutzt werden könnten. Dazu werde die Kirche einen Beteiligungsprozess starten zusammen mit der IBA und in enger Absprache mit der Stadt als Eigentümerin der angrenzenden Flächen. Der angedachte Beteiligungsprozess mit Vernetzungsworkshops mit allen Beteiligten, Expertenworkshops und Öffentlichkeitsbeteiligung (Seite 10) sei noch nicht im Detail geklärt, die Corona-Situation habe die geplanten Vor-Ort-Veranstaltungen bisher verhindert. Vermutlich werde ein digitales Format aufgesetzt. In den Realisierungswettbewerb (Seite 11) würden die Ergebnisse einfließen. Es werde auch der gesamte Bereich betrachtet inklusive Ladenzentrum und Anbindung an den ÖPNV. Die Kirche habe darüber hinaus das Internationale Städtebauatelier (ISA) beauftragt, das Verfahren zu betreuen und die Schnittstelle zur IBA zu bilden. Die Zeitschiene erläutert Frau Stark anhand von Folie 12.

Die Vertreter der Fraktionen danken für den Bericht.

StR Kotz (CDU) lobt die Haltung der Kirche im Umgang mit ihren Objekten und der Weiterentwicklung von Flächen, um damit etwas Gutes zu tun für die Erfordernisse der heutigen Gesellschaft. Die CDU unterstütze das angedeutete Verfahren. Bodenbedarf sehe er als dringlichsten Bedarf der Stadt an. Von ihm auf mehr Wohnraum angesprochen, erläutert Frau Stark, es werde in Konzeptstudien verfolgt, wie dies hier möglich sein könnte.

StR Rockenbauch (Die Fraktion LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei) begrüÙt, dass Kirche dies als IBA-Projekt sehe, sie für die Entwicklung diesen Prozess vorschläge und Bedarf an Gemeinwohlfächen erkenne. Seinen Hinweis auf eine Einbeziehung des Beteiligungsbeirats begrüÙt Frau Stark. Man hoffe auf den nächsten Schritt der Kirche, damit das Projekt zum offiziellen IBA-Projekt werde. Abschließend regt StR Rockenbauch einen mehrstufigen Beteiligungsprozess an mit einem Zwischenschritt, um mittels Öffentlichkeitsbeteiligungen ein Feedback zu ermöglichen.

Auch StRin Kletzin (SPD) erkennt Potenzial für Wohnraum auf der Fläche. Sie gibt zu erkennen, dass sie dem IBA-Prozess auch in Bezug auf die von StR Rockenbauch angesprochene Beteiligung vertraue. Auf ihre Frage hin betont Frau Stark, die Landeshauptstadt Stuttgart (LHS) sei eingebunden in die Planungs- und Kommunikationsprozesse von Kirche und IBA GmbH. Von der Stadträtin auf den Stand im Einkaufszentrum "Im Laihle" angesprochen, bestätigt Frau Stark, dass vor vier Jahren der Eigentümer gewechselt und sich dafür stark gemacht habe, innerhalb des Bestandes zu sanieren,

statt abzurechnen und neu zu bauen. Eine Baugenehmigung sei 2020 erteilt worden. Es sei angedacht, dass ein Drogeriemarkt einziehe.

StR Schrade (FW) macht auf den Bedarf an Pflegeeinrichtungen in Botnang aufmerksam. Im Kreispflegeplan werde der Bedarf im Jahr 2030 bei 192 Plätzen gesehen, aktuell gebe es 127 Plätze im Bezirk. In Bezug auf Nahversorgung und das umgebende Grün sollten die Möglichkeiten auch hierfür genutzt werden. Der Bedarf an Pflegeeinrichtung sei bekannt, informiert Frau Stark, und auch dem Bezirk ein großes Anliegen, ebenso wie die Nahversorgung. Zustimmung äußert sich StR Schrade, den Gemeinbedarf beizubehalten. Solche Grundstücke gebe es in Stuttgart viel zu wenig.

StR Goller (AfD) erkennt Wohnbedarf ebenfalls an. Es habe seine Gründe, warum die Fläche nicht mehr in dem bisherigen Ausmaß gewerblich genutzt werde. Und das liege nicht nur am Zustand des Gebäudes.

BM Pätzold versichert, dass das Thema Wohnen immer vorne dranstehe, gerade bei diesem Grundstück. Wohnen im Alter, Wohnen für besondere Bedarfsgruppen aber auch Tagespflege und Pflegeheim sollen dort abgebildet werden. Der Bürgermeister weist auf die enge Abstimmung mit der IBA hin, die besonderen Wert auf Beteiligungsverfahren lege.

Frau Stark ergänzt ihre Ausführungen mit einem Hinweis auf das bestehende Planungsrecht: Es gebe zwei Bereiche mit dem Ladenzentrum als Sondergebiet für Einzelhandel mit Arztpraxen und Betriebswohnungen. Genauso sei auf dem Kirchengrundstück komplett eine Gemeinbedarffläche für Kirche und Kindergarten festgesetzt. Die Entbehrlichkeitsprüfung habe Bedarf, sogar steigenden, festgestellt. Parallel sei eine Wohnnutzung geprüft worden. Es gebe aber Wohngruppen für besondere Bedarfe, die mehr Fläche brauchten oder auch den Stadtteil- und Seniorentreff. Städtebaulich sei man am Übergang zum Grünzug, so seien auch stadtklimatologische Belange zu berücksichtigen bei der Überlegung zum Konzept.

Nachdem sich keine weiteren Fragen ergeben, stellt BM Pätzold fest:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Technik hat vom Bericht zustimmend Kenntnis genommen.

Zur Beurkundung

Stahn / fr

Verteiler:

- I. Referat SWU
zur Weiterbehandlung
Amt für Stadtplanung und Wohnen (5)

- II. nachrichtlich an:
 1. Herrn Oberbürgermeister
 2. Stadtkämmerei (2)
 3. Rechnungsprüfungsamt
 4. L/OB-K
 5. Hauptaktei

- III.
 1. Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
 2. CDU-Fraktion
 3. Fraktionsgemeinschaft Die FrAKTION
LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei
 4. SPD-Fraktion
 5. FDP-Fraktion
 6. Fraktion FW
 7. AfD-Fraktion
 8. Fraktionsgemeinschaft PULS